

GRÜNE Hamburg · Burchardstr. 19 · 20095 Hamburg

Lehrgewerkschaften Hamburg

Osterbekstr. 90c (AlsterCity)
22083 Hamburg

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Landesverband Hamburg**

Lavinia Kleßmann

Wissenschaftliche Referentin
Landesgeschäftsstelle
Burchardstr. 19, 20095 Hamburg
Tel.: 040/ 399252 -0
wahlpruefsteine@hamburg.gruen
e.de

Wahlprüfsteine Bürgerschaftswahlen 2025

Hamburg, 20. Februar 2025

Frage 1:

Wie wollen Sie die schulische Vielfalt (Grundschulen, Stadtteilschulen, Gymnasien, berufliche Schulen) stärken? Wie stehen Sie zum „Schulfrieden“ in Hamburg?

Antwort:

Hamburgs Schullandschaft ist vielfältig. Familien können zwischen Vorschule und Kitabrückenjahr wählen. Nach der Grundschule stehen Stadtteilschule und Gymnasium offen – beide führen zum Abitur. Unser Modell der „selbstverantworteten Schulen“ ermöglicht individuelle Schulprofile und hat sich bewährt. Berufliche Schulen bieten nicht nur Ausbildung, sondern auch alle Schulabschlüsse bis zum Abitur. Diese Vielfalt werden wir weiter stärken. Wir setzen uns für den Erhalt der Schulstruktur gemäß dem „Schulfrieden“ ein, einschließlich Stadtteilschulen und Gymnasien. Schulen sollen sich auf die Unterrichtsqualität konzentrieren, statt Ressourcen in Strukturdebatten zu investieren.

Frage 2:

Wie positionieren Sie sich zu G9 an Gymnasien?

Antwort:

Wir nehmen die Rückmeldungen der Schüler*innen und Sorgen der Eltern sehr ernst, die sich um die Nachhaltigkeit des Lernens und eine Überlastung ihrer Kinder sorgen. Die Verdichtung der Lernzeit und die Stoffdichte sind aktuell eine große Belastung für viele Schüler*innen, insbesondere an den Gymnasien. Wir sehen jedoch nicht, dass eine bloße Verlängerung der Schulzeit an den Gymnasien die Probleme lösen würde. Vielmehr sehen wir einen schulformunabhängigen Bedarf, die Lernkultur in unseren Schulen an die Chancen und Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu orientieren.

Frage 3:

Welche Bedeutung haben für Sie bundesweit vergleichbare Standards in Hamburger Abschlussprüfungen?

Antwort:

Die bundesweiten Bildungsstandards sichern eine einheitliche Qualität, die wir im föderalen Bildungssystem für sinnvoll halten. Doch der gesellschaftliche Wandel erfordert mehr als fachliche Kompetenzen – strategische, soziale und kommunikative Fähigkeiten werden immer wichtiger. Deshalb wollen wir die Stoffdichte in den Bildungsplänen reduzieren und die „vier Kompetenzen des 21. Jahrhunderts“ – Kreativität, Kollaboration, kritisches Denken und Kommunikation – als Leitbild für den Unterricht etablieren. Besonders die Stärkung der Urteilskompetenz in der digitalen Welt ist für uns von großer Bedeutung.

Frage 4:

Wie soll vor dem Hintergrund der schwächer werdenden Basis-Kompetenzen von Grundschulern die Grundschule und die vorschulische Bildung entwickelt werden, um angemessene Lese-, Schreib- und Rechenfertigkeiten zu sichern?

Antwort:

Rund 20 % der Kinder können am Ende der Grundschule nicht richtig schreiben, lesen oder rechnen, ca. 30 % erreichen laut PISA 2022 nicht das grundlegende Kompetenzniveau. Das ist gesellschaftlich unhaltbar und eine Gefahr für unsere Demokratie. Wir wollen diese Zahlen deutlich senken und früh ansetzen: Die verpflichtende Vorstellung von Kindern soll von 4,5 auf 3,5 Jahre vorgezogen werden, um Förderbedarf frühzeitig zu erkennen. Mit passgenauen Angeboten und verpflichtender Sprachförderung schaffen wir gleiche Startchancen und fördern Mehrsprachigkeit von klein auf.

Das Bund-Länder-Programm „Startchancen“ und unser „D23+ Starke Schulen“-Programm sollen ausgebaut werden, damit Schulen mit sozialem Index 1 und 2 zusätzliche Ressourcen erhalten. Diese Mittel müssen für Schulbildung und Berufsorientierung genutzt werden. Keine beteiligte Schule soll weniger Mittel als zuvor erhalten. Wir begleiten das Startchancen-Programm eng und evaluieren es nach zwei Jahren.

Frage 5:

Beabsichtigen Sie, die Lehrkräftearbeitszeitverordnung zu reformieren und an die zeitlichen Realitäten anzupassen? (Hintergrund: Viele Tätigkeiten der Lehrkräfte sind in der LArbZVO nicht wiedergegeben bzw. neu hinzugekommen.)

Wie wollen Sie sicherstellen, dass sich die Lehrkräfte auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können und sie bei bürokratischen und technischen Aufgaben hinreichend Entlastung erhalten? Welche Schwerpunkte und welchen Zeitplan haben Sie dafür?

Antwort:

Wir nehmen die steigende Belastung der Lehrkräfte ernst. Um Verwaltungsaufgaben zu reduzieren, wollen wir Verwaltungsstellen und -leitungen ausbauen und attraktiver gestalten. Nicht-unterrichtliche Aufgaben wie IT-Betreuung sollen Fachpersonal oder Drittanbietern übertragen werden. Zudem müssen Arbeitsbedingungen und Bezahlung ehrlich reflektiert und bei Bedarf angepasst werden. Wir setzen uns dafür ein, die Lehrerarbeitszeitverordnung zu überprüfen und an die veränderten Realitäten im Schulalltag anzupassen.

Frage 6:

Welche Maßnahmen halten Sie für erforderlich, um schulischen Beschäftigten in jedem Lebensabschnitt einen gesunden Vollzeit-Arbeitsplatz zu ermöglichen, insbesondere vor dem Hintergrund starker Stundenreduzierungen und von Frühpensionierungen?

Antwort:

Um schulische Beschäftigte gesund im Beruf zu halten, setzen wir auf bessere Arbeitsbedingungen. Regelmäßige Supervision soll helfen, Belastungen frühzeitig zu bewältigen. Schulen müssen als moderne Arbeitsorte gestaltet werden: Ruhe- und Aufenthaltsräume ermöglichen Erholung, mehr Arbeitsräume reduzieren die Heimarbeit. Zusätzliche Duschräume und sichere Fahrradstellplätze fördern gesundheitsbewusste Mobilität. Zudem wollen wir Lehrkräfte von Verwaltungsaufgaben entlasten, indem wir Verwaltungsstellen ausbauen und nicht-unterrichtliche Aufgaben wie IT-Betreuung an Fachpersonal oder Dienstleister übertragen.

Frage 7:

Wie gedenken Sie im Kontext eines massiven Lehrkräftemangels den Arbeitsplatz Schule so attraktiv zu gestalten, dass dauerhaft genügend Personal zur Verfügung steht? Erwägen Sie in diesem Zusammenhang die Wiedereinführung einer jährlichen Sonderzahlung {Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld, 13. Monatsgehalt)?

Antwort:

Wir setzen auf ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Attraktivitätssteigerung des Lehrberufs. Dazu gehören die Reform und der Ausbau der Lehrkräfteausbildung sowie die Absenkung der Unterrichtsverpflichtung im Vorbereitungsdienst und in den ersten drei Berufsjahren, um die Arbeitsbelastung zu verringern. Zudem wollen wir bessere Arbeitsbedingungen schaffen, etwa durch mehr Arbeitsplätze und Rückzugsräume für pädagogisches und therapeutisches Personal. Die Wiedereinführung von Sonderzahlungen sehen wir im Kontext einer generellen Aufwertung des Berufs. Wir sind offen für finanzielle Anreize, setzen jedoch vorrangig auf strukturelle Verbesserungen.

Frage 8: Wie gedenken Sie sicherzustellen, dass die akademische Bildung des Lehrpersonals gesichert wird? Wie begegnen Sie Problemen mit Seiten- und Quereinsteigern?

Antwort:

Um die akademische Bildung des Lehrpersonals zu sichern, wollen wir mehr Lehramts-Studienplätze sowie eine praxisnahe und inklusionsorientierte Ausbildung. Die Zulassung soll diverser werden, etwa durch Eignungsgespräche ergänzend zum Numerus Clausus. Mehr Vorbereitungsdienstplätze und eine stärkere Praxisorientierung bereiten angehende Lehrkräfte besser auf den Beruf vor.

Quereinsteiger*innen qualifizieren wir durch gezielte Aus- und Weiterbildungsprogramme. Wir setzen auf eine schnellere Anerkennung ausländischer Abschlüsse mit begleitender Qualifizierung und prüfen eine höhere Altersgrenze für die Verbeamtung. Ein berufsbegleitender

Einstieg mit finanzieller Unterstützung sowie duale Ausbildungsmodelle sollen zusätzliche Wege in den Lehrberuf öffnen.

Frage 9:

Die Klassengröße ist ein entscheidender Faktor für die individuelle Förderung der Kinder sowie die Belastung der Lehrkräfte. Welche Klassengröße ist Ihrer Meinung nach für die verschiedenen Schulformen angemessen?

Antwort:

Wir wollen die Klassengrößen so gestalten, dass eine individuelle Förderung der Schüler*innen gewährleistet und die Belastung der Lehrkräfte reduziert wird. Dafür setzen wir uns für eine kontinuierliche Verbesserung der Rahmenbedingungen an Schulen ein. Wir wollen mehr Lehramtsstudienplätze schaffen, um langfristig ausreichend qualifiziertes Personal auszubilden. Zudem streben wir eine Entlastung der Lehrkräfte an, indem wir Verwaltungsstellen ausbauen und nicht-unterrichtliche Aufgaben an Fachpersonal übertragen. So verbessern wir die Lernbedingungen und stärken die individuelle Förderung der Schüler*innen.

Frage 10:

Sollte Ihrer Meinung nach Unterricht auch am Nachmittag vertreten werden?

Antwort: Wir setzen wir uns für eine kontinuierliche Verbesserung der Rahmenbedingungen an Schulen ein, um die Unterrichtsversorgung sicherzustellen und die Belastung der Lehrkräfte zu reduzieren. Eine gute Vertretungsregelung und ein möglichst geringer Unterrichtsausfall sind hierbei zentrale Elemente. In pädagogischen Konzepten, die einen schulischen Ganztag beinhalten, ist eine Vertretung von nachmittäglichen Einheiten im Regelfall wichtig. Auch ist eine für die Eltern verlässliche Betreuungssituation auch am Nachmittag unerlässlich.